

ihren Zahlungen arg in Rückstand sind. Die Erklärung von Williamsburg spricht diese IDA-Problematik zwar nicht ausdrücklich an, jedoch nur deshalb – so Premierminister Trudeau – weil die Mehrheit der Teilnehmer Rücksicht auf die Schwierigkeiten Präsident Reagans gegenüber dem amerikanischen Kongreß nehmen wollte.

Sollte die Aufstockung der IDA-Mittel nicht, wie vereinbart, zustande kommen, dann, so Premierminister Trudeau, „sind wir in einer sehr ernstesten Situation“. Einzelne Entwicklungsländer könnten dann vielleicht ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen. „Das wäre“, so Trudeau, „wirtschaftlich schlimm, das wäre sozialpolitisch sehr arg.“ Vorrangig sei jetzt die volle Erfüllung der Zahlungsverpflichtungen im Rahmen der VI. Aufstockung der IDA-Mittel. Das VII. IDA-Auffüllungsprogramm werde dann wohl, so Trudeau, auf dem X. Weltwirtschaftsgipfel in Großbritannien 1984 abschließend behandelt werden.

Damit waren für die sich fast unmittelbar anschließende UNCTAD-VI-Konferenz in Belgrad gewisse Voraussetzungen geschaffen. Die Aussichten sind heute günstiger als noch im vergangenen Dezember. Der spürbare, wenngleich verhaltene, Aufschwung bedarf – dies die Hoffnung sowohl in Westeuropa wie auch in Kanada – der Rückendeckung durch eine Senkung des Realzinsniveaus in den USA. Dem jedoch steht das hohe Haushaltsdefizit Washingtons noch immer im Wege.

### Für Rüstungskontrolle

Letztlich lassen sich die Williamsburger wirtschaftspolitischen Diskussionen auf die jüngst von einem deutschen Banker benutzte Kurzformel reduzieren: „Wachstum ist nicht alles, aber ohne Wachstum ist alles nichts.“

Und dieses Wachstum – daran gibt es in Ottawa keine Zweifel – muß die Belange der Dritten und Vierten Welt ausreichend berücksichtigen.

Außenminister Allan MacEachen hat dies in Belgrad zu Beginn der UNCTAD-VI-Konferenz hervorgehoben.

Williamsburg hatte aber noch jene zweite wichtige Diskussionssäule: die Ost-West- und spezifisch die Abrüstungsproblematik. Hier müsse noch immer, wie Premierminister Trudeau abschließend unterstrich, „Schwerstarbeit geleistet werden“. Er empfahl der sowjetischen Führung, die Entschlossenheit der westlichen Industrieländer, ernsthaft auf Rüstungskontrollmaßnahmen hinzuwirken, ernst zu nehmen. Ähnlich hatte sich Trudeau unmittelbar vor Williamsburg gegenüber dem sowjetischen Politbüromitglied Michail Gorbatschow geäußert.

Die Aufforderung an die Adresse Moskaus koppelte Trudeau aber auch an die Forderung, die westlichen Regierungen – zumal die USA – müßten ihrerseits ihren jeweiligen Bevölkerungen nachdrücklich beweisen, daß in Genf ernsthaft verhandelt wird.

## Kohl – Trudeau

### Gespräche in Williamsburg



Am Rande des Weltwirtschaftsgipfels haben Bundeskanzler Helmut Kohl und Premierminister Pierre Trudeau im US-amerikanischen Williamsburg aktuelle, beide Seiten interessierende Fragen besprochen.

Besondere Aufmerksamkeit widmeten Trudeau und Kohl – wie zuvor schon EG-Kommissionspräsident Gaston Thorn im Gespräch mit dem kanadischen Premierminister – der Kontroverse um das langfristige Fischereiabkommen zwischen Kanada und der Europäischen Gemeinschaft. Kanada koppelt die Erteilung von Fischfanglizenzen für europäische Fischdampfer an eine für Ottawa befriedigende Lösung des Marktzugangs in der EG für Anlandungen vereinbarter kanadischer Kabeljaukontingente.

Bemerkenswerte Fortschritte gab es auch nicht – den Agenturmel-

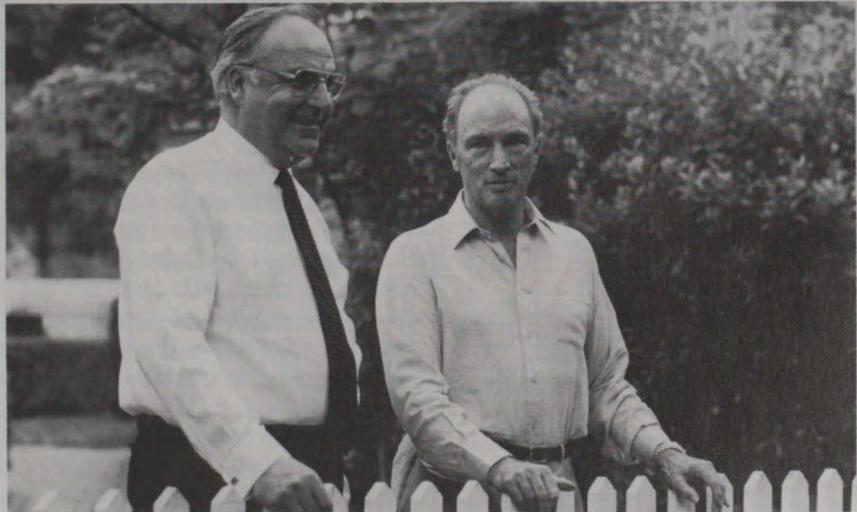


Foto: Bundesbildstelle

**Gesprächspartner: Premierminister Trudeau und Bundeskanzler Kohl**

dungen zufolge – bei der Erörterung des strittigen Themas der Robbenjagd. Premierminister Trudeau hatte betont, für die betroffenen Menschen an der kanadischen Ostküste gehe es bei der Robbenjagd nicht um ein emotionales Thema, sondern um eine handfeste Überlebensproblematik.

Premierminister Trudeau und Bundeskanzler Kohl diskutierten auch die für Anfang Juli vorgesehene Reise von Helmut Kohl zu

Gesprächen mit dem sowjetischen Parteichef Juri Andropow. Die beiden Regierungschefs vereinbarten, daß Helmut Kohl die Ergebnisse seiner Moskareise Trudeau übermitteln wird. Der Premierminister will seine eigene Entscheidung über einen UdSSR-Besuch, zu dem er in diesen Wochen in einem Schreiben des KPdSU-Chefs Andropow eingeladen worden war, nach der Rückkehr von Bundeskanzler Kohl aus Moskau treffen.